

Leiharbeit verbieten statt feiern!

„Unsere bittere Gratulation gilt zum 01.01.2012 der Hella-eigenen Leiharbeitsfirma avitea, die ihr 10-jähriges Bestehen feiern kann,“ erklärt Michael Bruns, ein Sprecher des Ortsverbandes der Lippstädter LINKEN. „Leiharbeit muss verboten werden und alle Beschäftigten sollen in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Es muss wieder gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Avitea und Hella sind traurige Beispiele dafür wie Festangestellte abgebaut und Leiharbeiter angeheuert werden. Stammbesellschaft wurde systematisch abgebaut um Löhne zu drücken. Die Lippstädter LINKE wird nicht nachlassen dagegen Front zu machen. Die Beschäftigten können sich selber helfen und sich gewerkschaftlich organisieren um ihre Lage zu verbessern. Letztendlich müssen aber andere Gesetze im Bundestag verabschiedet werden, die dem heuern und feuern sowie dem Lohndumping Einhalt gebieten.“

Durch die zu niedrigen Regelsätze und Repressionen der Hartz IV-Gesetze werden immer mehr Menschen in den Niedriglohnsektor und in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen. Leiharbeit bedeutet für die Betroffenen Unsicherheit, Niedriglöhne und oft Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz.

Leiharbeit spaltet die Belegschaften und ist ein Hindernis für Arbeitskämpfe und befördert damit Lohndrückerei für alle. Wie man bei Hella sieht, dient Leiharbeit nicht nur für das Auffangen von Produktionsspit-

zen. Entsprechend wirbt avitea mit der „Beschäftigungsstrategie strategischer Arbeitnehmerüberlassung,“ also damit Teile der Stammbesellschaft in Leiharbeitsbeschäftigung umzuwandeln.

Der gewachsene Niedriglohnsektor, die Armee des Prekariats, sind nicht einfach zufällig entstanden. Die Arbeitsmarktformen von SPD und GRÜNEN unter Kanzler Schröder mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 zielten auf eine Ausdehnung des Niedriglohnsektors und eine totale Flexibilisierung der Ware Arbeitskraft. Bis heute hat keine Bundesregierung die nötige Umkehr dieser neoliberalen Politik angepackt. Es gibt weder Equal Pay (gleichen Lohn) für Leiharbeitsbeschäftigte noch einen ausreichenden flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

DIE LINKE. Lippstadt fordert:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, plus Flexibilitätszuschlag für Leiharbeitsbeschäftigte
- Begrenzung der Überlassungsdauer auf höchstens 3 Monate
- Verbot der Synchronisation von Arbeitsverträgen und Ausleihzeiten
- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro
- Anhebung von Hartz IV auf 500 Euro
- dass nicht jede noch so schlechte und unterbezahlte Arbeit angenommen werden muss
- Rücknahme der Rente erst ab 67
- Ausweitung des Lippstädter Familienpasses auf NiedriglöhnerInnen
- Senkung der Elternbeiträge

Offene Treffen der Lippstädter LINKEN

Interessierte sind herzlich willkommen!

Do 09.02.2012 19:30 Uhr

Di 13.03.2012 19:30 Uhr

Di 03.04.2012 19:30 Uhr

Di 08.05.2012 19:30 Uhr

Brauhaus Thombansen, Lange Straße 3

DIE LINKE. Ortsverband Lippstadt

Michael Bruns

Nußbaumallee 45, 59557 Lippstadt

Telefon 0170 7545045

Telefon 02941 244276

info@die-linke-lippstadt.de

www.die-linke-lippstadt.de

V.i.S.d.P. Michael Bruns, DIE LINKE. Ortsverband Lippstadt



Leiharbeit verbieten!

Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

www.die-linke-lippstadt.de

DIE LINKE.